

# GGG

# Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e. V. – Gesamtschulverband  
24. (32.) Jahrgang · 31. März 2001 · H 2395 ISSN 1431-8075

Ausgabe 1/2001

**Leistung gegen den Trend  
- eine solidarische Schule**

**27. Gesamtschulkongress  
24.05.-26.05.2001  
Geschwister-Prenski-Schule  
Lübeck**

**Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule**  
Gesamtschulverband  
Bundesgeschäftsstelle · 26582 Aurich · Postfach 1307 · Tel.: 04941/18777  
[www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de)

## 27. Gesamtschulkongress der GGG am 24. - 26.5.2001 in der Lübecker Geschwister-Prenski-Schule

Unter dem Motto:

### Leistung gegen den Trend – eine solidarische Schule

setzt sich der Kongress mit dem Thema „Leistung in der Schule“ auseinander.

Aus drei Perspektiven untersuchen internationale und nationale Experten und Expertinnen die Fragestellung:

- der Blick auf das System Schule
- der Blick auf die Lehrenden
- der Blick auf die Lernenden.

In der gemeinsamen Schule für alle ist „Leistung“ ein umfassendes Konzept und Ziel. Gegen alle Versuche, den schulischen Leistungsbegriff zu vereinseitigen, beharrt die GGG auf der fachlichen, persönlichen, sozialen und kulturellen Dimension von „Leistung“ und auf dem Recht für alle Kinder und Jugendlichen, entsprechend gefördert zu werden. Deshalb ist es gleichfalls ein wesentlicher Aspekt schulischer Leistung, Solidarität zu erhalten und sie bei den Jugendlichen zu entwickeln. Über Schule hinaus soll dies ein Beitrag zur gesellschaftlichen Lebensqualität und ihrem Zusammenhalt sein.

In zentralen Veranstaltungen, Foren und Arbeitsgruppen wird der Kongress überzeugende Konzepte einer so verstandenen Schulentwicklung und Qualitätsarbeit präsentieren und für die weitere Entwicklung der Gesamtschulen nutzbar machen. (elh)

(Seite I-IV)

Peter Kauffold (SPD): „Chancengleichheit ist ein Grundanliegen unserer Politik“

Prof. Dr. Peter Kauffold, Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern äußert im Gespräch mit den Gesamtschulkontakten zur Schulstruktur und zur Situation der Gesamtschulen in seinem Bundesland.

Seite 7

„Erforderlich ist eine gemeinsame Schule für alle, und das für die Dauer der Pflichtschulzeit“

Dies ist die zentrale Forderung aus der gemeinsamen Grundsatzzposition von Grundschulverband und GGG, die beide Verbände am 16./17.2.2001 auf ihrer Fachtagung in Kassel erarbeitet haben.

Seite 4

Ingrid Wenzler: „PISA-Vorstudie begründet Forderung nach gemeinsamer Schule für alle“

Im dritten Teil der Serie zur Schulleistungsforschung in den Gesamtschulkontakten interpretiert die GGG-Bundesvorsitzende das PISA – „Framework zur Einordnung des PISA Mathematik-Tests in Deutschland“.

Seite 3

„Wir sind auch schon drin!“ – [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) und [www.gesamtschulverband.de](http://www.gesamtschulverband.de)

Seit Weihnachten 2000 ist die GGG mit den Web-Seiten des Bundesverbandes online. Damit gibt es eine zentrale Zugriffsmöglichkeit auf aktuelle Informationen zu allen Fragen der Gesamtschulentwicklung.

Seite 16

## Inhalt

<b>GGG-Serie Zur Schulleistungsforschung</b> Wenzler: „PISA-Vorstudie untermauert For- derung nach gemeinsamer Schule für alle“	3
<b>GGG - GSV Fachtagung</b>	4
<b>Gemeinsame Grundsatzposition von GGG und GSV</b>	5
<b>Gesamtschul-Kontakte-Gespräch</b> mit Peter Kauffold (SPD): „Chancengleichheit ist ein Grundanliegen unserer Politik“	7
<b>GGG-extra 27. Gesamtschulkongress in Lübeck</b>	
Offensiv für eine Bildungsreform gegen den Trend	I
Die Geschwister-Prenski-Schule	II
Kongressprogramm	III
Arbeitsgruppen	IV
Mitgliederversammlung	IV
<b>GGG-intern</b>	
Eine Satzungsänderung ist notwendig	9
Eine Beitragsstrukturereform ist überfällig	11
Die GGG auf der Bildungsmesse Hannover 19. - 23.2.2001	11
<b>Aus den Ländern</b>	
Niedersachsen	12
Rheinland-Pfalz	13
Berlin	14
Hessen	14
Schleswig-Holstein	15
<b>GGG-intern Termine</b>	15
<b>Der GGG Bundesverband ist im Internet</b>	16

## Impressum

**Heft 1/2001 vom 31. März 2001**  
**ISSN 1431-8075**

### Gesamtschul-Kontakte

– Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft  
Gesamtschule e.V. - Gesamtschulverband  
24. (31.) Jahrgang

Herausgeber:

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. -  
Gesamtschulverband (GGG)  
Redaktion der Gesamtschul-Kontakte:  
Dr. Michael Hüttenberger  
(Presserechtlich verantwortlich)

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion wieder. Offizielle  
Stellungnahmen der GGG sind als solch gekenn-  
zeichnet.

Vertrieb:

GGG-Geschäftsstelle, Postfach 13 07,  
26583 Aurich, Telefon: 04941/18777  
e-mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

## ... vorab bemerkt

Liebe Gesamtschulfreunde und  
-freundinnen,

Sie halten ein auf den ersten Blick erkenn-  
bar verändertes Heft der Gesamtschulkon-  
takte in Händen. In Redaktion und Druck  
haben sich kurzfristig einschneidende Än-  
derungen ergeben, die hier kurz skizziert  
werden:

Ende Januar 2001 erklärte der langjährige  
Redakteur der Gesamtschulkontakte,  
Andreas Köpke, kurzfristig seinen Rücktritt  
aus dem Bundesvorstand der GGG. Er legte  
gleichzeitig seine damit verbundenen  
Funktionen nieder, so auch die Redaktions-  
arbeit für die Kontakte. Dadurch, dass An-  
dreas fast immer bei den Vorstandssitzun-  
gen verhindert war, waren Kommunika-  
tionsprobleme entstanden, die schließlich  
in diesen Schritt mündeten.

Der Vorstand hat Andreas gegenüber sein  
Bedauern zum Ausdruck gebracht und  
dankt ihm auch von dieser Stelle aus für die  
langjährige engagierte und kreative Arbeit  
und dafür, dass er zuverlässig die jährlich  
vier Quartalsausgaben der Kontakte sicher  
gestellt hat. Wir wünschen ihm viel Erfolg  
bei der Fertigstellung seiner Dissertation,  
die ja auch inhaltliche Spuren in den Kon-  
takten hinterlassen hat.

Für den Vorstand stand zunächst im Vor-  
dergrund, dass das Heft 1 / 2001 erscheinen  
kann. Michael Hüttenberger als Geschäfts-  
führer gelang es, eine Druckerei zu finden,  
die kurzfristig den Druck und den Versand  
der Kontakte realisieren konnte. Michael  
Hüttenberger gestaltete gemeinsam mit un-  
serer neuen Druckerei auch das veränderte  
Layout des Heftes. Der Vorstand dankt ihm  
dafür, dass er diese Aufgabe neben allen an-  
deren Arbeiten zusätzlich schulterte.

Im Vorstand haben wir über ein verändertes  
Redaktionskonzept nachgedacht, das wir  
mit dem Hauptausschuss diskutieren  
werden. Folgende Eckpunkte sind in der  
Diskussion:

1. Die Kontakte erscheinen in der inhaltlichen  
Verantwortung des gesamten Vor-  
standes. Dies soll durch eine entspre-  
chende Änderung der Satzung (s. Erläu-

terung in diesem Heft) abgesichert wer-  
den.

2. Die Arbeit des Redakteurs / der Redak-  
teurin soll von einem Redaktionsbeirat  
unterstützt werden, der ein längerfristi-  
ges inhaltliches Konzept entwickelt und  
so dem Vorstand zurarbeitet. Seine Mit-  
glieder, die nicht dem Vorstand oder  
Hauptausschuss angehören (müssen),  
werben entsprechende Beiträge ein und  
unterstützen das für die Kontakte ver-  
antwortliche Mitglied des Vorstandes in  
der Tagesarbeit.
3. Neben den Kontakten wird das  
Internet an Bedeutung für die Öffent-  
lichkeitsarbeit der GGG gewinnen:  
www.ggg-bund.de. Wir werden da-  
durch die Aktualität der Kommunika-  
tion zwischen Vorstand und Mitglie-  
dern und Gesamtschulen, aber auch  
zwischen den Mitgliedern und Gesamt-  
schulen deutlich steigern. Dies wird  
dadurch erleichtert werden, dass wir im  
Umfang weniger begrenzt sein werden.  
Wichtige, längerfristig interessante Arti-  
kel werden ihren Weg von den Inter-  
net-Seiten ins Heft finden. Alle Artikel  
dieser Gesamtschul-Kontakte-Ausgabe  
sind bereits seit März im Internet zu  
finden. Dafür hat Wilfried Rüsse, der  
Webmaster der GGG, dankenswerter-  
weise gesorgt.
4. Ein weiteres Ziel ist es, die Kommuni-  
kation über die Ländergrenzen hinweg  
zu verbessern. Mindestens zwei Seiten  
einer jeden Nummer der Kontakte sol-  
len mit überregional interessanten  
Nachrichten aus den Bundesländern  
gefüllt werden.

Offen ist, wer in Zukunft als Teil seiner  
Vorstandsarbeit die Redaktion der Kontak-  
te übernehmen wird. Der Bundesvorstand  
lädt Mitglieder der GGG, die Interesse an  
der Mitarbeit im Bundesvorstand mit dem  
Schwerpunkt „Gesamtschulkontakte“ ha-  
ben, ein sich zu informieren. Die Redak-  
tionsarbeit bringt, zusammen mit der „son-  
stigen“ Vorstandsarbeit, viele interessante  
Kontakte und Einblicke mit sich, die diese  
Aufgabe wirklich reizvoll machen. Wir  
freuen uns auf Ihre / deine Nachfrage!

Für den Bundesvorstand der GGG

*Ingrid Kerber*

Die Gesamtschul-Kontakte sind eine nicht-  
kommerzielle Zeitschrift und erscheinen vierteljähr-  
lich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich DM 25,-  
(einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes  
von DM 7,- ist für GGG Mitglieder im Mitglieds-  
beitrag enthalten. Die Zeitschrift kann nur bei der  
Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. -  
Gesamtschulverband (GGG) bestellt werden.

Die Gesamtschul-Kontakte werden auf chlorfrei ge-  
bleichtem Papier gedruckt.

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH,  
Feuerbachstraße 1, 64291 Darmstadt  
Layout: Waso Koulis und Dr. Michael Hüttenberger

Erscheinungsdatum der nächsten Gesamtschul-Kon-  
takte: 25.06.2001; Redaktionsschluss: 31.05.2001

## Serie zur Schulleistungsforschung Teil III

# Wenzler: „PISA-Vorstudie untermauert Forderung nach gemeinsamer Schule für alle“

Das PISA – „Framework zur Einordnung des PISA Mathematik-Tests in Deutschland“  
Befunde zum Mathematik-Angebot im gegliederten Schulsystem

(iw) Nach der Präsentation der Befunde Fends zur „Leistungsgerechtigkeit“ des dreigliedrigen Schulsystems (Gesamtschulkontakte 3/2000) und von Ergebnissen der ersten beiden Zyklen der Hamburger LAU-Untersuchungen (Heft 4 / 2000) hinsichtlich der Wirkungsweise des gegliederten Schulsystems folgt in diesem Heft die Analyse eines Vorauspapiers zur PISA-Untersuchung. Immer noch steht die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen die hierarchische Gliederung des Schulsystems auf Chancengleichheit sowie auf die Entwicklung der Qualität der Ergebnisse in der Schule hat.

Aufschlussreiche Daten zu der genannten Fragestellung sind nicht nur in abgeschlossenen Forschungen zu finden. Manchmal liefert schon die Vorbereitung einer Felduntersuchung wichtige Erkenntnisse zum Thema. Ganz sicher trifft dies auf den Mathematikunterricht im gegliederten Schulsystem Deutschlands zu.

Im Zusammenhang mit dem laufenden internationalen Schulleistungsvergleich PISA finden sich zu unserer Fragestellung wichtige Informationen in dem Papier der 10-köpfigen Expertengruppe Mathematik im Rahmen des PISA-Projekts mit dem Titel „Grundlagen der Ergänzung des internationalen PISA Mathematik-Tests in der deutschen Zusatzhebung: Framework zur Einordnung des PISA Mathematik-Tests in Deutschland“

Es ist eine Veröffentlichung der Projekt-Koordination im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, deren Arbeiten unter [www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/...](http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/) zugänglich sind. Einer kurzen Einordnung dieses Expertenberichtes in den PISA-Zusammenhang folgt die Wiedergabe der für die vorliegende Fragestellung relevanten Aussagen. Ich schließe mit einigen sich mir aufdrängenden Fragen und Beobachtungen.

### I. Das PISA-Konzept und seine deutsche Erweiterung

Der dritten internationalen Mathematik- und Naturwissenschafts-Vergleichsstudie TIMSS folgte schnell PISA, das *Programme on International Student Assessment*.

Einige Informationen zu PISA:

1. In einem 10-Jahreszeitraum sollen drei Untersuchungszyklen durchgeführt werden. Nach der ersten Untersuchung im Mai 2000 ist ein weiterer Zyklus für 2003 und dann wieder für 2006 beschlossen. Die jeweiligen Untersuchungsschwerpunkte sollen – in dieser zeitlichen Reihenfolge – Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sein.
2. Überprüft wird die *literacy* im jeweiligen Bereich. *Literacy* wird häufig als *Fähigkeit* übersetzt. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, Aufgaben und Probleme des wirklichen Lebens zu lösen und zwar mit Fähigkeiten und Fertigkeiten, die die SchülerInnen (in der Schule oder anderswo) bis zum Ende der Sekundarschulzeit (Pflichtschulzeit) erworben haben. Daher wird die Altersgruppe der 15-Jährigen untersucht. *Lesefähigkeit* meint z.B. das Maß der richtigen Entzifferung einer Statistik, der gekonnten Nutzung von Nachschlagewerken, der richtigen und detaillierten Informationsentnahme aus Sachtexten. *Mathematische Fähigkeit* meint z.B. die Fähigkeit, eine Aufgabe aus dem privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Leben selbstständig in eine mathematische Form zu bringen, sie dann zu bearbeiten, um dadurch Auskunft für weiteres richtiges Vorgehen in der realen Alltagssituation zu gewinnen. Die SchülerInnen müssen also nicht Formeln anwenden und umformen, sondern zuerst die richtigen mathematischen Verfahren für die Situation selbst finden und meist verschiedene mathematische Operationen durchführen, bis die ganze Aufgabe gelöst ist. Darin unterscheidet sich dieser Aufgabentyp von der bekannten Textaufgabe. Die Ferne der Testaufgaben zum jeweils unterrichteten Curriculum ist beabsichtigt.
3. Da es bei der internationalen PISA-Untersuchung nicht um die Leistung einzelner Schulformen oder Schulen gehen soll, sondern um die Leistung des Systems als Ganzem, ist PISA als Stichprobenuntersuchung angelegt. So sollten nach anfänglichen Angaben in Deutschland bundesweit

in 150 Schulen Gruppen von 30 15-Jährigen in die Stichprobe einbezogen werden. Dieser Umfang von 4.500 Schülern und Schülerinnen wäre nach Meinung der internationalen Projektgruppe groß genug gewesen, um statistisch aussagekräftige Daten zu gewinnen. Für Schulform- und Ländervergleiche wäre dieser Umfang allerdings nicht ausreichend gewesen. Auch das internationale Testkonzept und das dazu gehörige Instrumentarium sind wegen der Ferne zum Curriculum dafür ungeeignet (s. der 2. Punkt). Schulform- und Ländervergleiche wollten aber die Kultusminister und -ministerinnen der Länder unbedingt auch anstellen können. So beschlossen sie, in Deutschland nicht nur schließlich 6.000 SchülerInnen einzubeziehen, sondern die nationalen Tests in 1.500 Schulen und bei 55.000 SchülerInnen durchzuführen.

4. Bei PISA werden Daten des Schulumfelds und der Schulkultur mit erhoben und mit den Ergebnissen in Beziehung gesetzt. So soll verhindert werden, dass 2 Schulen mit völlig unvergleichbarer Sozialstruktur in ihren Ergebnissen verglichen werden. Außerdem sollen fachübergreifende Fähigkeiten (CCC=cross-curricular competencies) überprüft werden.

Die Expertengruppe beschäftigte sich laut dem Bericht mit den Problemkreisen, die in Punkt 2 und 3 angesprochen sind. Sie setzt sich darin mit den Konzepten der „mathematical literacy“ sowie der mathematischen Grundbildung auseinander. Was beinhalten diese Konzepte für schulischen Mathematikunterricht, wo entspricht er diesen Konzepten, wo nicht? Worin decken sich beide Konzepte, worin unterscheiden sie sich? Schließlich umreißen sie die Konsequenzen für das innerdeutsche Testinstrumentarium und geben dafür Beispiele. Sie sehen in der „mathematical literacy“ durchaus auch „eine Zielorientierung für deutsche Lehrpläne“, weil dadurch „wünschenswerte Ziele des Mathematikunterrichtes, nämlich mehr praktische Nutzbarkeit und systematischen Aufbau der Mathematik“ verbunden werden könnten, so dass eher „kontext-verankerte mathematische Begriffe“ entstehen könnten und isoliertes Lernen überwunden würde. (S. 6 f). Soviel zur fachinhaltlichen Seite. Auf die Schulstruktur geht das Papier zum Schluss ein.

### II. Mathematik lernen im gegliederten Schulsystem

Zur Benennung der Folgen des gegliederten Schulsystems bezüglich des Mathematikunterrichtes in Deutschland wurde das Kapitel 4 aufgenommen. Es ist überschrieben:

Fortsetzung Seite 6

# „Länger miteinander und voneinander lernen“

## Bericht von der gemeinsamen Fachtagung von Grundschulverband und GGG am 16./17.2.2001 in Kassel

(iw) Am 16. und 17.2.2001 trafen sich je 15 Vertreter und Vertreterinnen der GGG und des Grundschulverbandes in Kassel zu einer Fachtagung unter dem Motto: „Länger miteinander und voneinander lernen“. Das Ziel war es, Gemeinsamkeiten zwischen beiden Verbänden und ihren Zielen auszuloten und zu erarbeiten, wie diese gemeinsam öffentlich vertreten werden können.

Nachdem über viele Jahre u.a. die Frage der Zuordnung der Schuljahre 5 und 6 zur Grundschule bzw. zur Gesamtschule zwischen beiden Organisationen unterschiedlich gesehen wurde, gelang es bei dieser Tagung erstmals, inhaltlich sehr überzeugend sowie atmosphärisch freundschaftlich, gemeinsame Grundpositionen zu erarbeiten. Der Entwurf einer gemeinsamen Erklärung lag den Beratungen zu Grunde. Er bildete die Basis, auf der sowohl die pädagogisch-inhaltliche Seite des möglichst langen gemeinsamen Lernens wie auch die politische Strategie in drei Arbeitsgruppen sorgfältig bearbeitet werden konnte.

Die Beratungen mündeten in die neben stehende Erklärung, die mit nur einer Gegenstimme verabschiedet wurde und die nun

den jeweiligen Gremien zur „Ratifizierung“ vorgelegt wird. Der Hauptausschuss der GGG wird sich auf seiner Sitzung am 17. / 18. 3. 01 damit befassen. Nach der zu erwartenden Zustimmung beider Verbände ist die Grundlage dafür geschaffen, die Erklärung im Rahmen einer Pressekonferenz Ende März öffentlich vorzustellen.

GGG und GSV werden die Erklärung breit streuen und um Zustimmung dafür werben. Die Bildungsministerien des Bundes und der Länder sowie die politischen Parteien werden informiert. Weitere Organisationen und Personen sind eingeladen, diese Erklärung zu unterstützen und sich politisch dafür einzusetzen. Eine bildungspolitische Offensive für das gemeinsame Lernen aller Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit in einer Schule für alle kann nun beginnen.

Die Untergliederungen von GSV und GGG auf Landesebene sollen – neben der weiteren Zusammenarbeit auf Bundesebene – ebenfalls in Kontakt treten, da auf dieser Ebene die politische Konkretisierung der Ziele erfolgen muss. In Baden-Württemberg beispielsweise – mit klarer Trennung der Kinder nach Klasse 4 – stellt sich die Strategiefrage aktuell anders als in Brandenburg, Berlin oder Niedersachsen, wo die gemeinsame Schule für alle Kinder in Jahrgang 5 und 6 bedroht ist. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangssituationen und der aktuellen Erfordernisse besteht Einigkeit in der klaren Orientierung auf das möglichst lange gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule, d.h. während

ihrer gesamten Pflichtschulzeit. Auf dieses Ziel hin sind alle Schritte zu prüfen und zu entwickeln.

Dass die Zuordnung der Jahrgänge 5 und 6 keinen Dissens mehr darstellt, ist in hohem Maße erfreulich, machte doch gerade diese Frage in der Vergangenheit eine Kooperation von GGG und Grundschulverband schwierig. Aus Sicht der GGG war die Begrenzung des verlängerten gemeinsamen Lernens auf die Jahrgänge 5 und 6 nie plausibel. Warum sollte in Klasse 7 die Trennung in unterschiedliche, hierarchische Schulformen beginnen? Es würde dann nach wie vor sortiert, und das vermeintlich effektiver. Aus Sicht des Grundschulverbandes war die komplette Integration von Jahrgang 5 und 6 angestrebt, und das bedeutete wesentlich mehr als das gemeinsame Lernen in einzelnen Gesamtschulen, die real neben dem dreigliedrigen Schulsystem existieren.

Beiden Verbänden ist bewusst geworden, dass es nicht um das Ende der Integration der Kinder nach der 6. Klasse geht. Dass spätestens dann die *Grundschulzeit* beendet ist, liegt auf der Hand. Es kann aber nicht Aufgabe und Ziel der Grundschule sein, dann die Sortierung der Kinder in unterschiedliche Schulformen durchzuführen, so die Meinung des Grundschulverbandes. Das gemeinsame Lernen danach muss weiter gehen.

GGG und GSV geht es um das gemeinsame Lernen auch nach der Grundschule, also in der Sekundarstufe, d.h. „die gemeinsame Schule für alle, und dies für die Dauer der Pflichtschulzeit“.

Dann erweist sich die Frage der Zuordnung der Jahrgänge 5 und 6 nicht als eine prinzipielle Frage, sondern als eine pragmatische, die im historischen Kontext des jeweiligen Bundeslandes konkret zu klären ist und die deshalb gemeinsam geklärt werden kann, weil das Ziel ein gemeinsames ist. So wird die erforderliche konkrete Zusammenarbeit auch möglich und frühere Differenzen überwindbar.

Die gemeinsame Erklärung „Länder miteinander und voneinander lernen“ ist dafür die Grundlage.

Die Erklärung sowie weitere Texte der Fachtagung stehen im Internet unter [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de). GGG und GSV wünschen sich eine hohe Verbreitung in den Schulen und eine breite bildungspolitische Diskussion.



Von rechts: Lilli Roffmann (GSV), Prof. Dr. Hans Brügelmann (GSV) und Dieter Weiland (GGG)



*Diskussion der Grundsatzposition im Plenum*

## Grundschulverband – Arbeitskreis Grundschule e.V. und Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

### Gemeinsame Grundsatzposition von GSV und GGG

- Das Schulsystem einer demokratischen und an einem humanistischen Menschenbild orientierten Gesellschaft hat die Aufgabe
    - alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihren Möglichkeiten optimal zu fördern und
    - die gesellschaftlichen Anforderungen und Regeln eines demokratischen Gemeinwesens den Heranwachsenden nahezubringen. Hierzu gehört eine solide fachlich-kognitive Ausbildung und das Erlernen demokratischer und sozialer Verhaltensweisen.
  - Schule hat also die Aufgabe, Kinder und Jugendliche nicht nur in ihren kognitiven Fähigkeiten, sondern in ihrer Gesamtentwicklung zu fördern und zum lebenslangen Lernen und zu einem toleranten Zusammenleben mit anderen Menschen zu befähigen. Diese Aufgabe hat die allgemeine öffentliche Schule gegenüber allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen, also einschließlich derer mit besonderen Fähigkeiten und derer mit Beeinträchtigungen.
- dafür sorgt, dass beim miteinander und voneinander Lernen individuelle Fähigkeiten und soziale Kompetenzen optimal entwickelt werden können.
- Heterogenität, also unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten, unterschiedliche Herkunft und Können, ist ein Charakteristikum einer jeden Gesellschaft. Heterogenität darf deshalb nicht aus der Schule herausorganisiert werden, weil sie als den Unterricht erschwerender Faktor verstanden wird. Die Schule hat sich vielmehr der Aufgabe zu stellen, die Einstellung zur Heterogenität positiv zu verändern, den Umgang mit ihr zu lehren und zu praktizieren sowie Reichtum und Chancen der Vielfaltigkeit zu nutzen.
  - Die nach dem ersten Weltkrieg und der Beseitigung des Ständestaates eingeführte „für alle gemeinsame Grundschule“ war ein großer erster Schritt zu diesem Ziel auf dem Weg vom ständisch zum demokratisch organisierten Schulwesen. Sie blieb damals als bildungspolitischer Kompromiss wegen großer Widerstände restaurativer Kräfte gegen längeres gemeinsames Lernen auf nur vier Jahre begrenzt und dadurch auf halbem Wege stecken. Sie ist bis heute die einzige für (fast) alle Kinder gemeinsame Schule geblieben, die es überall in Deutschland gibt.
  - In nahezu allen europäischen Ländern lernen heute alle Kinder sechs oder mehr Jahre gemeinsam und die Hälfte der europäischen Länder hat inzwischen eine für alle gemeinsame Schule für die gesamte Dauer der Schulpflicht. Im internationalen Vergleich spielt das gegliederte Schulwesen ab Klasse 5 nur noch eine Außenseiterrolle.

Das gegliederte deutsche Schulwesen kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden.

**Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame Schule für alle, und dies für die Dauer der Pflichtschulzeit.**

- Eine gemeinsame Schule für alle muss eine Schule sein, die Verschiedenheit respektiert und nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern jedes einzelne Mädchen und jeden einzelnen Jungen in seiner Gesamtentwicklung unterstützt und

- Wir lehnen alle Versuche ab, unsere Schulen zu immer stärker selektiven Systemen zu entwickeln. Dies betrifft u.a.
  - die Einrichtung von Schnellläuferzügen in Gymnasien,
  - die vielfältigen Versuche, die 6-jährige Grundschule in Brandenburg und Berlin schrittweise abzuschaffen,
  - den Versuch, die schulformunabhängige Orientierungsstufe in Niedersachsen abzuschaffen und das 5. und 6. Schuljahr den Schulen des gegliederten Systems zuzuordnen,
  - die Trennung in Real- und Hauptschule schon ab Klasse 5 in Bayern.
- Demgegenüber treten wir ein für ein langes gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen und für die Stärkung integrativer Tendenzen in den Schulsystemen aller Bundesländer sowie in der Alltagspraxis jeder Einzelschule. Das Ziel der gemeinsamen Schule für alle für die Dauer der Pflichtschulzeit kann nicht von heute auf morgen erreicht werden. Es gibt keinen für alle Bundesländer gleichermaßen geltenden Weg zu diesem Ziel. Wir streiten uns nicht grundsätzlich über die Zuordnung des 5. und 6. Schuljahres zu Primar- oder Sekundarbereich, wenn am Ziel des gemeinsamen Lernens in einer Schule für alle festgehalten wird.

#### **Länger miteinander und voneinander lernen.**

Die Beschränkung des gemeinsamen Lernens auf eine nur vierjährige gemeinsame Schule muss endlich überwunden, frühes Trennen und Ausgrenzen verhindert werden.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, dass alle Kinder und Jugendlichen mit ihren individuellen Begabungen und Beeinträchtigungen möglichst lange gemeinsam lernen können.

Fortsetzung von Seite 3

„Zwei spezifische Probleme bei der Implementierung des PISA-Tests in Deutschland“. Das erste Problem liegt in der Tatsache, dass sich die Inhalte des Mathematikunterrichts in der Hauptschule und im Gymnasium stärker unterscheiden als in anderen Ländern zwischen oberem und unterem Rand des Leistungsspektrums. Zum Konzept der mathematischen Grundbildung gehört nach Darstellung der Gruppe zwingend hinzu, dass die Schüler und Schülerinnen elementare algebraische Techniken kennen gelernt haben und möglichst beherrschen. Diese sind nach der vorliegenden Untersuchung aber nicht im Mathematik - Lehrplan der Hauptschulen enthalten. Wenn aber die Aufgaben den Ideen mathematischer Grundbildung entsprechen sollen, isolierte Fertigkeiten in ihrer Vernetzung gesehen werden sollten, so müssen Aufgaben gestellt werden, „die definitiv nur für Gymnasien curricular valide sind“. Auf diese Aufgabentypen soll auch in den deutschen Tests nicht verzichtet werden, da sie „der Verwendung von Mathematik zur Erschließung der Welt dienen.“ Genannt ist das Beispiel des Variablenbegriffs. Es sei geradezu „gegen die Idee der mathematischen Grundbildung, wenn Hauptschülern ein Zugang zu elementaren algebraischen Techniken vorenthalten bleibt.“ Im internationalen Bereich trete die Problematik fehlender Fachinhalte nicht mit dieser Schärfe auf, „weil die Einzelcurricula nicht derart schulbezogen separiert sind.“ (S. 27)

Auch in der Geometrie wiederholt sich diese Beobachtung: „Insbesondere in der Geometrie sind die curricularen Unterschiede

zwischen Gymnasium und Hauptschule eklatant, ein Faktum, das speziell für den deutschen Mathematikunterricht gilt.“ (S. 23)

Das zweite Problem liegt im Alter der Schüler und Schülerinnen. International besucht nach dieser Untersuchung die Mehrheit der Jugendlichen die dem deutschen 10. Jahrgang entsprechende Klasse, in Deutschland befindet sich die Mehrheit im 9. Jahrgang und wird folglich zumindest einen Teil der Aufgaben, die dem Abschlussjahrgang entstammen, nicht kennen können.

Deshalb passt die deutsche Zusatzerhebung im Bereich Mathematik die Items stofflich dem 9. Schuljahr an. Andererseits hält die Gruppe diesen Sachverhalt für problematisch genug, um eine Reflexion über den curricular bedingten Kenntnisstand in Deutschland anzuregen. Immerhin führe er dazu, dass vorwiegend Hauptschüler und Hauptschülerinnen die schulische Ausbildung auf einem Niveau beenden, „der dem internationalen Konstrukt „mathematical literacy“ nicht entsprechen kann.“ (S. 28)

Es ist eine ernüchternde Bilanz, die hier vorgetragen wird. Zwar gilt der Mathematikunterricht insgesamt als reformbedürftig, nicht nur in der Hauptschule. Seit TIMSS wird das auch zunehmend Gegenstand öffentlichen Problembewusstseins. Doch das Thema dieser Artikelserie, nämlich die Auswirkung der hierarchisch gegliederten Organisation des Schulwesens auf die Lern- und Entwicklungschancen aller Kinder und Jugendlichen einerseits sowie auf die Qualitätsentwicklung schulischer Bildung in der Gesellschaft ander-

erseits, wird hier in ihrer Problematik wieder einmal eklatant deutlich. In der öffentlichen Debatte wird man vergeblich nach diesem Thema suchen. Aber die Fragen sind unabweisbar:

### III. Einige kritische Fragen und Beobachtungen

1. Die Expertengruppe schlägt vor, die Auswertung der PISA-Tests abzuwarten, um daraus Anregungen für die curriculare Weiterentwicklung insbesondere im Hauptschulbereich zu gewinnen. Das ist unverständlich, wo sie doch selbst die bestehende curriculare Situation im internationalen Vergleich für problematisch hält. Wenn dies so ist – und hier folge ich nur der Beschreibung der Expertengruppe –, was muss denn abgewartet werden, bevor die curriculare Arbeit zur Entwicklung mathematischer Grundbildung in den wichtigen Dimensionen für alle Schüler und Schülerinnen beginnt? Ich setze Einvernehmen darüber voraus, dass der Erwerb mathematischer Grundbildung wie in anderen Ländern allen jungen Menschen ermöglicht werden soll und nicht programmatisch vorenthalten werden soll.
2. Offensichtlich werden Schüler und Schülerinnen, wenn sie auf der Hauptschule sind, von vornherein für unfähiger gehalten, als sie es sind. Den vollen Umfang des Angebotes zum Erwerb einer mathematischen Grundbildung erhalten sie programmatisch nicht. Wie viele ihrer Fähigkeiten bleiben wohl unentwickelt? Wie anschlussfähig an weiterführende Bildung ist ihre Erstbefähigung? Oder anders formuliert: Endet die Hauptschule faktisch doch in der Sackgasse? Dass diese Gesellschaft mathematische Fähigkeiten systematisch verschleudert, kann nicht ernsthaft bestritten werden.
3. Aus dem Expertenbericht spricht nicht, dass dieser Befund zum x-ten Mal schon vorgetragen und ignoriert worden sei. Eher erweckt die Darstellung den Eindruck, einem bisher unbekanntem Sachverhalt auf die Spur gekommen zu sein. Wenn dieser Eindruck zutrifft: Kann das denn wahr sein? Sollte von den Zuständigen, z.B. der Fachdidaktik, den Lehrplankommissionen und den sie beauftragenden Länderministerien etc. verpasst worden sein, wohin international das Niveau und die Ausbildungsrichtung in Mathematik sich entwickelt?
4. Leider weist der Umgang mit den TIMSS-Ergebnissen darauf hin, dass die genannte Befürchtung berechtigt ist. Alle die, die so eifrig „mit den TIMSS-Ergebnissen“ argumentierten, gingen nie auf das Abschneiden der Hauptschüler und Hauptschülerinnen in Mathematik ein. Obwohl in Deutschland



„PISA“-Gespräche im GGG-Hauptausschuss

mit etwa 10 % ein höherer Prozentsatz am unteren Ende des Leistungsspektrums *nicht* teilnahm als im internationalen Durchschnitt, liegen die Hauptschulergebnisse am fünftletzten Platz der Tabelle (TIMSS 1997, S. 90). Übersetzt wird dies durch Baumert u.a. wie folgt: „Das durchschnittliche Leistungsniveau der Hauptschüler liegt auf der Ebene eines erweiterten Repertoires elementarer Rechenfertigkeiten. Die Leistungsstreuung ist groß, und zwar auch in Regionen mit relativ geringem Hauptschulanteil.“ (S. 27). So beschreibt TIMSS das Ergebnis – wo sind die Initiativen zur Verbesserung der so charakterisierten Situation?

5. Es wird aber vielfach gehandelt: Bundesländer führen zunehmend zentrale

Abschlussprüfungen am Ende des Hauptschul- und des Realschulbildungsganges ein. Die öffentliche Debatte, ausgelöst durch die Wirtschaft, fordert mehr Sicherheit im bürgerlichen Rechnen. Das dargestellte Problem wird mit beiden Reaktionen nicht einmal berührt.

6. Die Expertengruppe nennt einen Problemverursacher: die „in Deutschland existierende Gliederung des Schulsystems“, wo, anders als in anderen Ländern, die Einzelcurricula „derart schulbezogen separiert sind“: die Unterschiede bestehen „*aufgrund* der in Deutschland existierenden Gliederung des Schulsystems“. (S. 27) An dieser Stelle besteht Handlungsbedarf: die Überwindung der Trennung im Schulsystem zur

Schaffung von Voraussetzungen für eine qualitativvolle Bildung für alle auf höchstmöglichem Niveau.

So untermauert diese Vorstudie zum nationalen PISA-Mathematiktest aus der Perspektive schulformbezogener Fachcurricula ein weiteres Mal die Forderung der GGG nach der gemeinsamen Schule für alle in der Pflichtschulzeit. Nichts spricht dafür, dass es sich um ein isoliertes Problem des Faches Mathematik handelt.

Unter der Überschrift: „Aufräumen mit Mythen“ werden in der nächsten Ausgabe unterschiedliche Quellen gemeinsam präsentiert.

## Gesamtschul-Kontakte-Gespräch

### Peter Kauffold (SPD): „Chancengleichheit ist ein Grundanliegen unserer Politik“

(elh) Prof. Dr. Peter Kauffold Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern, äußert sich im Gespräch mit den Gesamtschul-Kontakten zur Schulstruktur in Mecklenburg-Vorpommern und zur Situation der Gesamtschulen in seinem Bundesland. Den Gesamtschulen attestiert er „besonders gute Voraussetzungen zur Förderung des sozialen Lernens“ und verspricht Schulträger, die neue Gesamtschulen gründen wollen, „unterstützend zu begleiten“ Trotz der generellen Notwendigkeit zum Sparen sagt er zu „dass der notwendige Anteil der Teilungs- und Förderstunden gewährleistet ist und auch zukünftig nicht zur Disposition steht“. Das Gespräch mit Prof. Kauffold führte für die Gesamtschul-Kontakte Andreas Köpke.

*Gesamtschul-Kontakte:* Herr Prof. Kauffold, sind Sie ein Freund und Unterstützer integrierter Schulformen?

Kauffold: Integrierten Schulformen gebührt ein gesicherter und gleichberechtigter Platz im Schulsystem unseres Landes. Gesamtschulen bieten ihren Schülern besonders wertvolle Angebote bei der Berücksichtigung unterschiedlicher Fähigkeiten und Interessen sowie beim sozialen Lernen. Letztlich wird jedoch die Akzeptanz dieser Schulen bei den Schülern und Eltern darüber entscheiden, wie viele und wo derartige Schulen in unserem Land bestehen.

*Gesamtschul-Kontakte:* Das Interesse an Gesamtschulen wächst auch in Ihrem Bundesland.

*Werden Sie als Bildungsminister den Ausbau von Gesamtschulen fördern und welche Schritte werden Sie hierzu einleiten?*

Kauffold: In Mecklenburg-Vorpommern existieren gegenwärtig 15 integrierte und sechs kooperative Gesamtschulen. Jeweils eine Gesamtschule befindet sich in freier Trägerschaft. Die Zahl dieser Schulen ist seit Jahren stabil. Weitere Schritte zur besonderen Förderung sind nicht geplant. Sollten Schulträger neue Gesamtschulen gründen wollen, werden wir dieses unterstützend begleiten.

*Gesamtschul-Kontakte:* Herr Prof. Kauffold, die Schulstruktur Mecklenburg-Vorpommerns zeichnen im Gegensatz zu anderen Ländern besondere infrastrukturell-bedingte Merkmale



Prof. Dr. Peter Kauffold

*aus. Hieraus resultiert insbesondere in den dünnbesiedelten ländlichen Regionen das Problem, dass es künftig immer schwieriger sein wird, flächendeckend ein wohnortnahe Komplettangebot an Bildungsgängen der Sekundarstufe I und II vorzuhalten. Bietet die Gesamtschule in dieser Situation nicht einen hervorragenden Strukturvorteil gegenüber Schulen des gegliederten Systems, um langfristig auch auf dem flachen Land allen Schülerinnen und Schülern ein alle Bildungsgänge umfassendes Schulangebot zu offerieren?*

Kauffold: Die Schulstrukturen befinden sich in unserem Land gegenwärtig in einem Anpassungsprozess. In den letzten Jahren war eine dramatisch sinkende Geburtenrate zu verzeichnen. Gab es im Jahr 1990 noch ca.

29.000 ABC-Schützen, so wurden in diesem Schuljahr nur 9.328 Schüler in die Klassenstufe 1 eingeschult. Ab dem nächsten Jahr rechnen wir mit einer leicht ansteigenden Tendenz. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwangsläufig strukturelle Veränderungen in der Schullandschaft. Mit dieser Bildungspolitik verfolgen wir in unserem Flächenland das Ziel, mehr Chancengleichheit zu ermöglichen. Dieses Ziel erfordert ein durchlässiges Schulsystem, das den einzelnen Schüler optimal fördert und sozial wie auch regional bedingte Benachteiligung ausgleicht. Hierzu bieten die Gesamtschulen eine sehr gute Möglichkeit. Für alle meine Entscheidungen steht die Sicherung und Förderung der Qualität von Bildung im Vordergrund.

*Gesamtschul-Kontakte: Das Postulat der Chancengleichheit als grundsätzlicher Bildungsanspruch wird von Politikern insbesondere neoliberaler Couleur immer unverfrorener als Anachronismus diskriminiert. Liegt in einer solchen Politik nicht die Gefahr, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche ihre Verlängerung und Zementierung durch die Spaltung in Wissende und Unwissende erhält, oder ist die Forderung nach Chancengleichheit tatsächlich obsolet?*

Kauffold: Chancengleichheit ist ein Grundanliegen unserer Politik. Die Gesamtschule ist eine darauf gerichtete Schulart. Die Gesamtschulkollegien verstärken ihr pädagogisches

Profil. Das Projekt „Stabilisierung und Weiterentwicklung von Gesamtschulen durch Lehrkooperation“ beginnt Früchte zu tragen.

Die Gesamtschulen bieten nach ihrer Konzeption besonders gute Voraussetzungen zur Förderung des sozialen Lernens. Soziales Lernen oder der Erwerb von Schlüsselqualifikationen sind aber eine Aufgabe für alle Schüler in allen Schularten. Mit einem Konzept zur „Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemein bildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns“ habe ich die Initiative ergriffen zu einem ganzheitlichen Ansatz der Weiterentwicklung des Schulsystems unseres Landes. Im Vordergrund steht dabei für die Schüler nicht mehr allein der Wissenserwerb, sondern die Entwicklung von Fach-, Selbst-, Medien- und Sozialkompetenzen, damit sie für ihre berufliche Tätigkeit, aber auch für die Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft und zur Gestaltung ihres eigenen Lebens befähigt werden. Diese Aufgabe stellt sich in allen Schulen gleichermaßen.

*Gesamtschul-Kontakte: Gegenwärtig kennzeichnet die Bildungslandschaft insgesamt ein weitreichender Sparzwang, dessen Auswirkungen nicht selten die Gesamtschulen in besonders harter Form treffen, stehen doch schnell Teilungs-, Förderstunden u.ä. zur Disposition. Herr Prof. Kauffold, markiert die Sparpolitik tatsächlich auch den Endpunkt für eine innovative und vor allem expansive Gesamtschulpädagogik?*

Kauffold: Auch Mecklenburg-Vorpommern muss die Verschuldung des Landeshaushaltes reduzieren. Die Anpassung der Schulstrukturen an die vorhandenen Schülerzahlen steht nicht im Zusammenhang mit der notwendigen Konsolidierung des Landeshaushaltes. In der kurzfristigen und mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung wird der Bereich der Bildung bei den notwendigen Einsparungen im Landeshaushalt weitgehend geschont, keine Kürzungen vorgenommen. Dies zeigt, dass die Landesregierung im Bereich der Bildung Schwerpunkte setzt und auch weiterhin setzen wird.

Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass der notwendige Anteil der Teilungs- und Förderstunden gewährleistet ist und auch zukünftig nicht zur Disposition steht.

*Gesamtschul-Kontakte: Herr Prof. Kauffold, was wünschen Sie den Gesamtschulen für die kommenden Jahre?*

Kauffold: Den Gesamtschulen unseres Landes wünsche ich, dass sie die geschaffenen Rahmenbedingungen weiterhin mit Initiative als Chance für ihre inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung nutzen und das Vertrauen ihrer Schüler und der Eltern erhalten.

*Gesamtschul-Kontakte: Herr Prof. Kauffold, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

## „Chancengleichheit“

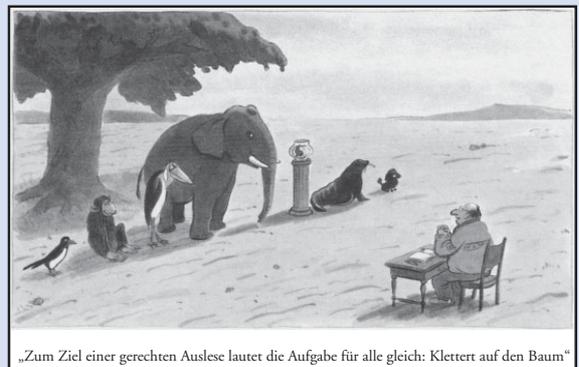
Hans Traxler's Klassiker

im graphischen Zeitwandel

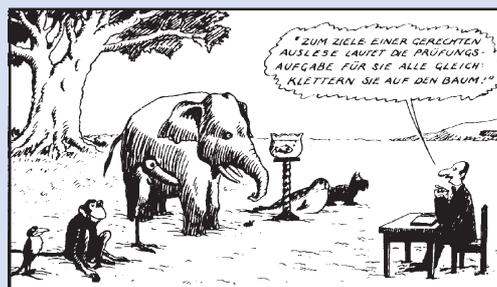


Titelseite der „Erziehung und Wissenschaft“ 2/2001

Plakat zum 25-jährigen GGG-Jubiläum



„Zum Ziel einer gerechten Auslese lautet die Aufgabe für alle gleich: Klettert auf den Baum“



Inzwischen 27 Jahre alt – die Zeichnung auf dem aktuellen „Werbe-Flyer“ der GGG

## Eine Satzungsänderung ist notwendig

(L.S.) Nach langer und intensiver Diskussion haben Bundesvorstand und Hauptausschuss umfangreiche Satzungsänderungen beschlossen und werden sie der Mitgliederversammlung am 26. Mai in Lübeck zur Beschlussfassung vorlegen. Lothar Sack, Mitglied im Bundesvorstand, erläutert die vorgesehenen Änderungen.

Warum eine Satzungsänderung? Mit der bisherigen Satzung ist die GGG doch gut gefahren!

Nun, auch in der Vergangenheit hat es immer wieder das Bedürfnis gegeben, die Satzung neueren Entwicklungen anzupassen, und die Satzung wurde auch geändert. Es kommt also auf die Begründung an.

Hauptanlass, eine Überarbeitung der Satzung zu erwägen, war die letzte Mitgliederversammlung in Berlin. Sicher notwendige Bestandteile des Verbandlebens - u.a. Rechnungslegung und Verabschiedung des bisherigen Bundesvorstands, Dank an die Kongressschule, Wahl des neuen Bundesvorstands - nahmen viel Zeit in Anspruch. Um nicht missverstanden zu werden, sie kosteten uns nicht zu viel Zeit - es war angemessen -, aber doch soviel Zeit, dass das inhaltliche Thema, nämlich der Umgang mit den aktuellen Schul(leistungs-)untersuchungen (TIMSS, BiJu, LAU, PISA, ...) nur unter großem Zeitdruck hätte behandelt werden können. Angesichts des Missverhältnisses von Komplexität des Themas und der Zeit, aber auch der sich

lichtenden Mitgliederreihen mussten wir dann auf eine breit getragene Diskussion der „Berliner Erklärung“ verzichten - sicher eine angesichts der Situation richtige, aber nicht befriedigende Entscheidung.

Was tun? Die Mitgliederversammlung länger veranschlagen, also einschließlich Mittagspause und dann in den Nachmittag hinein? Auch wenig befriedigend, mehr Anwesende wären auch nicht zu erwarten!

Also vielleicht erst einmal nachdenken, Ursachen eruieren, bei den Satzungen anderer Vereinigungen nachgucken.

Wir haben uns in Hauptausschuss und Bundesvorstand mehrfach mit dem Thema Verbandsstruktur und Satzung beschäftigt und hierbei folgende Problembereiche definiert sowie Lösungen erarbeitet:

### 1. Name des Verbandes

Die GGG ist die einzige Institution in Deutschland, die sich für die Gesamtschule als Regelschule, also für ein integratives Schulsystem auch für den Sekundarbereich einsetzt.

- Die bildungspolitische Rolle sollte im Namen des Verbandes ihren Ausdruck finden,
- Gesamtschulen sollten sich durch den Namen verstärkt angesprochen fühlen, als Institution Mitglied zu werden,

daher der Vorschlag, den eingeführten Namen um den Zusatz „Gesamtschulverband“ zu ergänzen. Für die Außendarstellung eignet sich der Begriff gut: Der Verbandszweck steckt im Namen.

### 2. Zusammensetzung des Bundesvorstandes / Gesamtschul-Kontakte

Erst vor kurzem wurde die Position des verantwortlichen Redakteurs der „Gesamtschul-Kontakte“ als explizites Vorstandsamt in die Satzung eingefügt. Nach Auffassung von Hauptausschuss und Bundesvorstand sollte dies wieder gestrichen werden. Gründe hierfür sind:

- Die Öffentlichkeitsarbeit der GGG wird umfangreicher sein müssen;
- In den Zeiten moderner (sprich elektronischer) Medien wird es immer mehr erforderlich, die GGG auch im Internet aktuell zu präsentieren. Dabei ist es um so notwendiger, für eine konsistente Darstellung in den verschiedenen Medien und bei Presseerklärungen zu sorgen.
- Auch scheint uns eine stärkere Einbeziehung der Landesverbände in die Bundesberichterstattung wünschenswert
- Die Gesamtschul-Kontakte sind ein Organ des Verbandes, für dessen Herausgabedementsprechend der Bundesvorstand als Ganzes zuständig und verantwortlich sein sollte.

Für die insgesamt umfangreicheren Arbeiten und die stärkere Einbindung in die Vorstandsarbeit erscheint es uns sinnvoll, dass der Bundesvorstand ein Redaktionsteam bildet, dem auch weitere GGG-Mitglieder angehören können. Die Organisation der Redaktionsarbeit sollte in der Kompetenz des Bundesvorstandes liegen. Wichtig ist, dass die Öffentlichkeitsarbeit vom Vorstand als ganzem vertreten und verantwortet wird. Dies ist für das Verbandsorgan und die Darstellung der GGG in anderen Medien bei kollektiver Verantwortung eher zu leisten.

### Anmeldung

zum 2. GGG-Bundeskongress vom 24.-26. Mai 2001 in der Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck

Hiermit melde ich mich für den 27. GGG-Bundeskongress 2001 in Lübeck an.

Die Kongressgebühren betragen für Teilnehmer(innen) aus den alten Bundesländern DM 50,- (Nichtmitglieder DM 100,-)

für Teilnehmer(innen) aus den neuen Ländern DM 40,- (Nichtmitglieder DM 80,-). Schüler(innen), Student(inn)en und Erwerbslose bezahlen keinen Kongressbeitrag. Der Kongressbeitrag ist im Tagungsbüro zu entrichten.

Ich möchte an folgendem Diskussionsforum teilnehmen: \_\_\_\_\_

Ich möchte an folgender Arbeitsgruppe teilnehmen: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Datum/  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

### 3. Passung von Geschäftsjahr und Amtsperiode des Bundesvorstandes

Nach bisheriger Satzung übernimmt der neu gewählte Vorstand die Geschäfte unmittelbar mit der Wahl. Das bedeutet:

- Der neu gewählte Vorstand ist für die restliche auch finanzielle Abwicklung des quasi gerade noch laufenden Bundeskongresses zuständig. Dieses sollte der bisherige Vorstand tun.
- Die Übergabe der Finanzen erfolgt mitten im Geschäftsjahr. Die Revisoren prüfen das Geschäftsjahr nach seinem Ablauf also frühestens im Januar des Folgejahres und damit also die Zuständigkeit zweier Vorstände bzw. Geschäftsführer. Mehraufwand ist die Folge. Eine Entlastung für das halbe Geschäftsjahr bis zum Bundeskongress kann nach derzeitiger Satzungsanlage erst zur nächsten Mitgliederversammlung, also zwei Jahre nach Ende der Amtsperiode erfolgen.

Zur Lösung dieses Problems gibt es mehrere Ideen. Hauptausschuss und Bundesvorstand votieren für die folgende Lösung: Mitgliederversammlung auf dem Bundeskongress und Wahl des Bundesvorstandes sollten voneinander entkoppelt werden. Durch diese Entkopplung – bei gleichzeitiger Veränderung des Wahlmodus – kann die Amtsperiode unschwer in Übereinstimmung mit dem Geschäftsjahr gebracht werden.

### 4. Einführung einer Delegiertenversammlung und Wahl des Bundesvorstandes durch sie

- Seit der Bundeskongress im zweijährigen Rhythmus und nicht mehr jährlich stattfindet, ist jede Mitgliederversammlung, wie eingangs geschildert, mit der Neuwahl des Bundesvorstandes verknüpft. Die un-

mittelbare innerverbandliche Mitgliederdiskussion, obwohl gewünscht, fand dadurch nicht mehr in dem gewünschten Maß statt, eine Bewertung des Bundeskongresses und seiner inhaltlichen Aussagen z.B. unterblieb weitgehend.

- Gemessen an der Gesamtzahl der Mitglieder war bisher der Umfang der Teilnahme an den Mitgliederversammlungen gering (ca. 60). Hinzu kommt, dass je nach Kongressort häufig die jeweils regionale Mitgliedschaft überproportional vertreten ist. Bei aller Sympathie für möglichst basisdemokratische Verfahrensweisen kann man nicht wirklich von einer Repräsentanz der Mitglieder sprechen.

Nachdem mehrere Modelle, z.T. bei anderen Verbänden entlehnt, diskutiert worden sind (u.a. auch eine Briefwahl), schlagen Hauptausschuss und Bundesvorstand für die Wahl des Bundesvorstandes eine Delegiertenversammlung mit angemessener Repräsentanz der Landesverbände vor. Angehören sollen der Delegiertenversammlung alle Landesvertreter des Hauptausschusses, ergänzt um weitere Landesvertreter, deren Zahl sich nach der Größe des jeweiligen Landesverbandes richtet. Die Delegiertenversammlung zur Wahl des Bundesvorstandes soll in Verbindung mit der auf den Bundeskongress folgenden Sitzung des Hauptausschusses – also in der Regel im November des Kongressjahres – stattfinden. Der neugewählte Vorstand nimmt seine Tätigkeit mit Beginn des folgenden Geschäftsjahres auf. Die Delegiertenversammlung nimmt auch den Tätigkeitsbericht, einschließlich des Kassenberichtes vom Bundesvorstand – ungeachtet einer breiteren Veröffentlichung – entgegen und spricht die Entlastung aus. Die Delegiertenversammlung tagt selbstverständ-

lich verbandsöffentlich und ist entsprechend einzuladen.

Mit dieser Regelung wird die Mitgliederversammlung zu Gunsten der unmittelbaren inhaltlichen Diskussion entlastet. Und der den Bundeskongress planende und ausrichtende Vorstand ist für die gesamte, auch finanzielle Abwicklung dieses Kongresses verantwortlich.

### 5. Abrundungen

Es sind schließlich noch – eher aus satzungstechnischen Gründen – Regelungen zu treffen, die nicht beabsichtigen, eigene inhaltliche Änderungen der Satzung zu sein. So ist es notwendig, bei Einführung der Delegiertenversammlung, wie oben beschrieben, einmalig die Amtsdauer des amtierenden Bundesvorstandes bis zum Jahresende 2001 zu verlängern. Da dies nicht ohne weiteres mit der bestehenden Satzung und der danach erfolgten Beauftragung des jetzigen Bundesvorstandes vereinbar ist, bedarf es der satzungsändernden Zustimmung der Mitgliederversammlung.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen sind z.T. abhängig voneinander. Dies wird bei der Formulierung der Anträge berücksichtigt. Voneinander unabhängige Teile der Satzungsänderung werden in getrennten Anträgen eingebracht. Ihr Wortlaut wird in der Einladung zur Mitgliederversammlung enthalten sein.

Hauptausschuss und Bundesvorstand versprechen sich von den vorgeschlagenen Änderungen zum einen klarere Strukturen und auch ein gerüttelt Maß Arbeitsleichterung, zum anderen hoffen sie, dass die Arbeitsfähigkeit der Gremien und damit letzten Endes die Außenwirkung gestärkt werden, ohne dass die demokratischen Strukturen und Traditionen Schaden nehmen.

### Beitrittserklärung in die GGG

Ich/wir treten der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. - Gesamtschulverband bei als

- Schüler)in, Auszubildende/r, Arbeitslose/r (DM 12,-)
- Einzelmitglied mit reduziertem Beitrag (DM 40,-)
- Einzelmitglied (DM 120,-)
- Korporatives Mitglied (DM 200,-)

Name: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Beruf, Funktion: \_\_\_\_\_ Bundesland: \_\_\_\_\_

Adresse, Telefon: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die GGG widerruflich, die von mir zu entrichtenden Beiträge für die GGG von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Kontonr.: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**GGG e.V. –  
Gesamtschulverband  
Postfach 1307  
26583 Aurich**

## Eine Beitragsstrukturreform ist überfällig

(elh) Bereits im November 1999 hat Bundesgeschäftsführer Dr. Michael Hüttenberger seine Konzeption einer Beitragsstrukturreform dem Bundesvorstand und dem Hauptausschuss vorgelegt. Nach intensiven Beratungen in den Bundes- und Ländergremien wurde die Beitragsstrukturreform im November 2000 von BV HA beschlossen, sie wird der Mitgliederversammlung am 26. Mai in Lübeck zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Bundesgeschäftsführer erläutert die vorgesehenen Änderungen.

Einen entsprechenden Beschluss der Mitgliederversammlung am 26. Mai 2001 vorausgesetzt kann die Beitragsstrukturreform zum 01.01.2002 wirksam werden. Deshalb wird sie gleichzeitig an die Umstellung von DM auf Euro gekoppelt.

Bei der Beitragserhebung in Euro ist eine Begradigung angebracht. Darüber hinaus ist zu diesem Zeitpunkt eine moderate Beitrags-

erhöhung notwendig, die letzte Beitragserhöhung liegt dann über 10 Jahre zurück. Folgende Beitragsätze wären ab dem 01.01.2002 gültig:

Korporative Mitglieder	120 €
Einzelmitglieder (Vollbeitrag)	70 €
Einzelmitglieder (ermäßigter Beitrag)	35 €
Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Arbeitslose	10 €

Neben den Beiträgen für korporative Mitglieder (120 €– bisher DM 200) und für Einzelmitglieder (70 €– bisher DM 120) wird es also in Zukunft nur noch einen ermäßigten Beitrag für Einzelmitglieder (35 €) geben. Generelle oder gewohnheitsmäßige Zuordnungen auf Eltern und „Ruheständler“ entfallen, ebenso die Unterscheidung von Ost-Beiträgen. Dafür entscheidet jetzt jedes Einzelmitglied selbst darüber, ob es den Vollbeitrag oder den

ermäßigten Beitrag zahlen möchte. Eine entsprechende Mitteilung an die Geschäftsstelle genügt.

Bei angenommenen 3.000 Mitgliedern und der Berücksichtigung ausschließlich der Vereins-Organisationskosten (Personal-, Sachkosten und Organe) sowie der Kontakte ist der ermäßigte Betrag von 35 € gerade kostendeckend.

Der niedrigste Einzelbeitrag (10 € – bisher DM 12) ist und bleibt ein subventionierter Beitrag, wird deshalb ausschließlich als Schüler- und Auszubildenden- und Arbeitslosenbeitrag beibehalten und ist bei Erreichen des 18. Lebensjahres an die Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung geknüpft.

Die Beitragsstrukturreform wird wie immer in solchen Fällen zur Bereinigung des Mitgliederbestandes führen. BV und HA versprechen sich danach eine höhere Bindungsfestigkeit an den Verband (d.h. weniger Austritte bei Veränderungen der persönlichen Verhältnisse) eine Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und größere Klarheit in der Beitragsstruktur.

Die Beitragsstrukturreform wird nach vergleichbaren Erfahrungswerten – trotz des Erhöhungsanteils – bestenfalls kostenneutral bleiben.

### Die GGG auf der Bildungsmesse Hannover 19. - 23.2.2001

(iw) Auch im Jahr 2001 war die GGG mit einem Informationsstand auf der Bildungsmesse vertreten. Das Publikum zeigte große Offenheit und Bereitschaft für die „Gesamtschulbotschaft“.

Viel Interesse, wenig Ablehnung, so können die diesjährigen Gespräche am Stand zusammen gefasst werden. Mit Informationsmaterial zum Bundeskongress und der aktualisierten Neuauflage des Faltblattes konnten die interessierten Besucher schnell und übersichtlich über die Anliegen der GGG informiert werden.

Ein ganz besonders erfolgreicher Messeartikel war wieder einmal das schöne Traxler-Plakat mit seinem unmöglichen Auftrag für Fisch und Elefant und alle Tiere gleichermaßen, auf den Baum zu klettern (siehe auch Seite 8). Es ist auch weiterhin in der Geschäftsstelle zu haben für DM 10,- (incl. DM 3,- für das Porto) – solange der Vorrat noch reicht!



Ingrid Wenzler und Klaus Ehlers  
am GGG-Stand auf der Bildungsmesse

## Niedersachsen

### Presseerklärung des Landesverbandes Niedersachsen der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG)/ Gesamtschulverband zum bildungspolitischen Diskussionsbeitrag des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel

Der Landesvorstand der GGG nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der Ministerpräsident konservative Positionen als neue Marschroute sozialdemokratischer Bildungspolitik ausgibt. In dem von ihm vorgelegten Papier fehlt eine Analyse vorhandener Strukturprobleme des gegenwärtigen Schulsystems sowie eine aus der Analyse abgeleitete Konzeption. Das Papier wirkt wie ein eilig zusammengestellter Forderungskatalog, dessen Wertesystem von absoluter Beliebigkeit und historischer Orientierungslosigkeit gekennzeichnet ist.

Völlig indiskutabel erscheint der GGG

- eine Festlegung der Schullaufbahn am Ende der 4. Klasse der Grundschule
- eine schulformbezogene Förderstufe in den Jahrgängen 5 und 6 und damit
- ein frühes Sortieren in gymnasiale und nichtgymnasiale Kinder.

Dem gegenüber hält der Gesamtschulverband an der Erkenntnis fest, dass Schullaufbahnen und damit Lebenschancen über das 10. Lebensjahr hinaus im Interesse der Kinder offen gehalten werden müssen. Eine Trennung der Kinder nach der 4. Klasse ist zu früh, denn eine demokratische, offene Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass ihre Kinder gemeinsam aufwachsen, miteinander erzogen und ausgebildet werden, um in Solidarität und Toleranz eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Eine frühe Trennung der Kinder verfestigt vorhandene Schranken zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Sozialdemokratische Politik dagegen verfolgt seit mehr als 100 Jahren die Vision einer offenen und solidarischen Gesellschaft.

Nach dem von Ministerpräsident Gabriel vorgelegten Papier erscheint dieses nun als traditionelle, alte, überholte Politik. Modernistisch scheint es zu sein, konservative Positionen zu toppen, um das Erstaunen der Mediengesellschaft durch außergewöhnliche Aktionen beliebiger Art zu erregen. Dabei scheint eine Beratung mit Fachleuten aus den eigenen politischen Reihen und den Fachverbänden überflüssig zu sein. Die CDU verspricht heute immerhin nach der von ihr geforderten Abschaffung der Orientierungsstufe „Freiheit des Elternwillens nach der 4. Grundschulklasse, keine Bindung an einen bestimmten Notenschnitt oder etwa Schulleistungsprüfungen“. Um weitere öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, bleibt Gabriel eigentlich nur noch übrig, demnächst die Auflösung der Grundschule anzukündigen. Was soll dieses alte Modell aus der Weimarer Republik?

Die Bildung einer Sekundarschule aus Hauptschule und Realschule erscheint angesichts der unüberwindbaren Krise der Hauptschule nahe zu liegen. Die GGG weist jedoch darauf hin, dass das Grundproblem des gegliederten Schulsystems bestehen bleiben wird. Die Sekundarschule wird von Anfang an neben dem Gymnasium die Schule zweiter Wahl sein. Damit werden ihr entscheidende Akzeptanzprobleme und Entwicklungshemmnisse in die Wiege gelegt. Ob der Ministerpräsident die Kraft und die Ausdauer haben wird, diese Schule gegen den zu erwartenden erbitterten Widerstand der Handwerkerlobby, der Realschullehrer sowie der Realschullehrerschaft durchzusetzen, mag man im Übrigen bezweifeln. Wann wechselt er erneut die Position, weil es starke Gegenkräfte geben wird?

Wir halten es für sinnvoller, politische Energien in eine Auseinandersetzung um ein wirkliches schulisches Zukunftsmodell zu stecken, das in unseren europäischen Nachbarländern die schulische Wirklichkeit bestimmt.

Das Modell der Zukunft ist eine integrierende und differenzierende Mittelstufenschule nach der Grundschule, eine den Kindern und Jugendlichen zugewandte Schule, in der Erziehung, fachliche Leistung und Förderung gleichermaßen im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit stehen. Dass die nach diesen Prinzipien arbeitende Gesamtschule im Papier des Ministerpräsidenten mit keinem Wort erwähnt wird, erstaunt uns sehr. Die Anmeldezahlen an den Niedersächsischen Gesamtschulen aus den letzten 25 Jahren belegen, dass etwa ein Drittel der niedersächsischen Eltern ihr Kind an einer Gesamtschule anmeldet, wenn dazu die Möglichkeit besteht.

Wenn denn die Strukturen zur Debatte stehen, wenn die Dinge tatsächlich in Fluss kommen sollen, erwarten wir von der Landesregierung ein schulgesetzlich verbrieftes Recht der Eltern auf einen Gesamtschulplatz landesweit. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot von mindestens einer Gesamtschule je Schulträger, soweit eine Elternbefragung den entsprechenden Bedarf ergibt.

In einem fairen Wettbewerb der Schulsysteme scheuen Gesamtschulen keinen Vergleich. Was die Qualität ihrer pädagogischen und fachlichen Arbeit angeht, bieten die Niedersächsischen Gesamtschulen eine offene und entwicklungsfähige Konzeption, der auf lange Sicht die Zukunft gehören wird.

Ulrich Meyer,  
Vorsitzender des Landesvorstands  
Peter Brammer  
Gerhard Hildebrandt  
Raimund Oehlmann  
Susanne Pavlidis

Die **GGG** Web-Seiten  
mit Tradition und Format

[www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)

Seit Jahren im Internet präsent!

## Rheinland-Pfalz

### KidS – Kreativität in die Schulen - oder: Leben entzündet sich nur am Leben

(J.B.) Im Rahmen ihres Fortbildungsprojektes SELF (SchülerInnen-, Eltern-, LehrerInnen-Fortbildung) hatte die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. (GGG) – Landesverband Rheinland-Pfalz zu einem Wochenendseminar unter dem Titel „KidS – Kreativität in die Schulen“ eingeladen. Als Referentin stellte die Berliner Schulleiterin Hildburg Kagerer ein Projekt der Ferdinand-Freiligrath-Oberschule vor, das neue Wege einschlägt, Schülerinnen und Schüler verschiedener Kulturen aus dem Einzugsbereich ihrer Schule mit neuen pädagogischen Ansätzen anzusprechen.

Begonnen hat das Vorhaben im Jahr 1989. Die Situation der Schule in Berlin-Kreuzberg, einem sozialen Brennpunkt der Stadt, war geprägt von Desinteresse der Schülerinnen und Schüler, von Gewalt und Zerstörung.

Um neue Lern- und Erfahrungsimpulse zu setzen, entschloss sich die Schule, „Dritte“ in einzelnen Unterrichtseinheiten zusätzlich in der Unterrichtsarbeit einzusetzen. Diese waren Künstler, wie z.B. Bildhauer, Fotografen, Schauspieler, Akrobatiktrainer. Sie unterrichteten Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern. In der Schule entstand dadurch ein „konstruktiver Störfaktor“, der neue Überlegungen zum Lehren und Lernen initiierte. Leben, so die Überzeugung der beteiligten Lehrerinnen und Lehrer, kann sich nur an Leben entzünden. Die Anregungen „schulfremder“ Personen brachte neue Anreize in das Schulleben. „In ihrer Situation des „Nichtseins“ brauchten die Jugendliche nicht neue Therapien, sozialpädagogische Unterstützungen, ..., sie brauchten Menschen, die sie in ihre Gedanken und Ideen Einblick nehmen ließen und sie daran beteiligten“, so Hildburg Kagerer.

In einem nächsten Schritt wurden Betriebe in das Unterrichtskonzept integriert. Ein Angebot bestand darin, dass Schülerinnen und Schüler der Ferdinand-Freiligrath-Oberschule regelmäßig für einen Unterrichtstag in den Ausbildungswerkstätten der Fa. BMW in Berlin arbeiteten. Fächerübergreifend und projektorientiert arbeiteten sie an ihren Aufgaben und Vorhaben. Neue – realitätsbezogene – Erfahrungen stärkten ihr Selbstbewusstsein und ihre Identität. Sie erlebten: „Ich bin da!“ Schule und Bildung erhielten neue Dimensionen.

Verbunden mit dieser Arbeit sind auch Veränderungen in der Schulstruktur: die Lehrerinnen und Lehrer sind nicht mehr nur Unterrichtsrichtende: sie sind in den Angeboten der „Dritten“ Mit-Lernende. Diese neue Rolle erzeugt natürlich Unsicherheiten. Die Jugendliche erleben ihre Lehrer in neuen Situationen mit ungewohnten Problemen: es müssen sportliche Leistungen erbracht werden, kreative Elemente bei der Bearbeitung von Steinen werden gefordert, auf der Bühne soll sich fachgerecht präsentiert werden, in der Lehrwerkstatt gilt es ein Produkt zu planen und herzustellen. Ungewohnt, wenn dies nicht zu den Fachangeboten gehört, die von ihnen im Unterricht angeboten werden. Dies ermöglicht neue Zugänge, auch zu den Jugendlichen. Neue Kommunikationsstrukturen entstehen, Verständnis und Unterstützung auf bisher unbekanntem Gebieten entwickelt sich.

Dass dies bisher an dieser Schule in Berlin möglich war, ist auf verschiedene Förderer zurück zu führen: die Robert-Bosch-Stiftung finanzierte ebenso wie die BMW Gruppe ein Teil der Projekte. In den Jahren 1995 – 1999 unterstützte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Weiterentwicklung des Schulkonzeptes. Im Beirat waren verschiedene Bundesländer, u.a. auch Rheinland-Pfalz vertreten.

Zwischenzeitlich hat dieses Projekt Mitstreiter an unterschiedlichen anderen Schulformen in verschiedenen Bundesländern gefunden. Welche Umsetzungsmöglichkeiten es im Rahmen „üblicher“ Finanzierungsmodelle geben kann, wird z.Zt. an der Ferdinand-Freiligrath-Oberschule im Rahmen eines Modellversuches unter dem Titel „Schule im gesellschaftlichen Verbund“ erprobt. Finanziert wird dieser durch die Stadt Berlin. Im wesentlichen stellt der Schulträger das Gehalt für einen Lehrer zur Finanzierung der „Dritten“ zur Verfügung.

In der Unterrichtsgestaltung ergaben sich ebenfalls durch diese neue Phase Veränderungen: in 14 der 30 Unterrichtsstunden arbeiten die Schülerinnen und Schüler in sogenannten „Arenen“. Hier sind ca. 22 Jugendliche aus den Jahrgangsstufen 7 – 10 in thematisch orientierten Gruppen zusammen und bearbeiten mit „Dritten“ verschiedene Projekte. Arenenangebote kommen aus den Bereichen Grafik,

Textilem Gestalten, Sport, Gastronomie, Werkstatt, Natur und Technik, Medien sowie dem sozialen Bereich. Aufgabenstellungen sollen realitätsnah bearbeitet werden. Die Ergebnisse müssen präsentiert werden. Es gibt versetzungsrelevante Benotungen und Zertifikate.

„Zukunftsweisende und schülernahe Perspektiven haben wir hier kennen gelernt. Wir werden daran arbeiten, diese Ideen in unseren Schulen umzusetzen“, so die übereinstimmende Meinung der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: [www.freiligrath-kids.de](http://www.freiligrath-kids.de)  
Bei der Schule: Ferdinand-Freiligrath-Oberschule, Bergmannstraße 64, 10961 Berlin, Tel. 030-25 88 65 11, Fax: 030-25 88 65 15

oder bei der GGG Rheinland-Pfalz, Siebenbürger Ring 4, 55291 Saulheim, Tel. 0 67 32-96 04 02, Fax: 0 67 32-6 46 82, e-mail: [ggg-tp@gmx.de](mailto:ggg-tp@gmx.de)

### Erfolgreiche erste Runde bei 2. IGS in Ludwigshafen

(mk) Seit September 2000 wird eine (nach LU-Oggersheim und Mutterstadt) dritte IGS im Großraum Ludwigshafen von einer Konzeptgruppe bestehend aus Lehrkräften aller Schularten, Vertretungen der Stadt Ludwigshafen, des Ministeriums, der Einrichtung für LehrerInnenfortbildung, der Dienstaufsicht und der Eltern geplant. Das Konzept sieht eine Musikklasse ab Jahrgang 5 (wie schon in Wörrstadt) und Berufsorientierung ab Klasse 7 (ähnlich wie in Rockenhausen) vor. Die Planung für eine eventuelle Oberstufe ist noch nicht abgeschlossen.

Besonders freut sich die GGG-Rheinland-Pfalz darüber, dass die neue IGS die „Integrationsklasse“ der ehemaligen Hauptschule weiterführen wird. Die hervorragende Vorarbeit der Konzeptgruppe hat jetzt bei der Anmeldephase für das kommende Schuljahr Früchte getragen: 202 Anmeldungen für 114 Plätze!

Und dabei sind die hohen Anmeldezahlen der „älteren“ IGSn in der Umgebung geblieben (beide haben fast doppelt so viele Anmeldungen wie vorhandene Plätze!) Man sieht es deutlich – in Rheinland-Pfalz besteht noch großer Bedarf an Gesamtschulplätzen!

## Berlin

### GGG und GEW-Veranstaltung zur „gymnasialen Oberstufe“

(L.S.) Der GGG-Landesverband Berlin führte am 22. Februar gemeinsam mit der Fachgruppe Gesamtschulen der GEW eine Veranstaltung zum Thema „gymnasialen Oberstufe“ durch. Hans-Jörg Liebert, Leiter der Oberstufe der IGS Rockenhausen (Rheinland-Pfalz), erläuterte die Mainzer Studienstufe in ihrer neuen Form. Dieses Thema ist deshalb für die Berliner Schulen wichtig, weil die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport bei den Überlegungen zur Verkürzung der Schulzeit eine Orientierung an den Regelungen von Rheinland-Pfalz in Erwägung zieht.

Wesentliche Kennzeichen sind:

- Das Abitur wird nach 12,5 Schuljahren abgelegt (Ausgabe der Abiturzeugnisse zum 31. März).

- Die 11. Klasse wird bereits in Kursform durchgeführt.
- Bei Versetzung in die 12. Jahrgangsstufe wird das 2. Halbjahr der Klasse 11 bereits als erstes Semester der Kursphase anerkannt.
- Jeder Schüler hat drei Leistungsfächer, von denen eines zu Beginn der 13. Klasse rechnerisch zu einem Grundfach „abgestuft“ wird.
- Eine schriftliche Prüfung findet in den drei als Leistungskurs unterrichteten Fächern statt.

Das Modell der Mainzer Studienstufe, insbesondere dann, wenn es mit Elementen einer Profilbildung kombiniert wird, bietet eine Reihe interessanter Möglichkeiten. Aber, wie meistens, ist nicht alles Gute beisammen, für die Lehrer gibt es auch Nachteile gegenüber

dem jetzigen System, z.B. die zeitliche Enge der Korrektur der Abiturklausuren sowie die Verrechnung der in Klasse 13 unterrichteten Stunden. Für eine abschließende Meinungsbildung ist es noch zu früh, insbesondere ist noch nicht klar, ob und wie dieses Oberstufensystem auf die Sekundarstufe I, also das Kernstück der Gesamtschule, zurückwirkt. Insgesamt wurde die beabsichtigte Schulzeitverkürzung von den anwesenden Lehrern als kritisch und für das Erreichen der Zielsetzung der Oberstufe als kontraproduktiv gesehen. Auf der vorhergehenden – leider nur gering besuchten – Mitgliederversammlung des Landesverbandes wurden Robert Giese, Lothar Sack und Helge Winckel für den Landesvorstand gewählt. Renate Müller-Daweke und Katrin Kundel, die in der Vergangenheit wesentliche Stützen der Landesverbandsarbeit waren, kandidierten (leider) nicht mehr. Sie haben jedoch ihre Bereitschaft zur punktuellen weiteren Mitarbeit erklärt. Es sei ihnen für ihre langjährige konstruktive Arbeit herzlich gedankt.

## Hessen

### „Keine Streichung der PL-Stellen in Hessen!“

(guf) GGG-Hessen fordert Erhalt der Stellen von Pädagogischen Leiterinnen und Pädagogischen Leitern

Die Hessische Kultusministerin Karin Wolff (CDU) beabsichtigt, die Stellen der Pädagogischen Leiterinnen und Leiter an den Gesamtschulen zu streichen. Dagegen wendet sich der Landesverband Hessen der GGG in einer gemeinsamen Erklärung mit GEW, ebh (Elternbund Hessen) und ASIG (Arbeitskreis Schulelternbeiräte an Integrierten Gesamtschulen).

Gesamtschulen haben unverändert den verordneten Auftrag, „durch gemeinsame Lernerfahrungen das gegenseitige Verstehen zu fördern, die Bereitschaft zu sozialem Handeln und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Lern- und Lebensbedingungen weiterzuentwickeln“ (§ 22 Abs. 1 VO Bildungsgänge).

Dabei sollen sie insbesondere die unterschiedlichen Lebenshintergründe und Lernvoraussetzungen der SchülerInnen berücksichtigen

und diese zum der je individuellen Leistungsfähigkeit angemessenen Abschluss führen.

Gesamtschulen sind Vorreiter pädagogischer und didaktischer Schulentwicklung. Sie sind schon immer genötigt, die Leistungsentwicklung **aller** ihrer Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen und darüberhinaus ihre Leistungen als Schule darzustellen. Gesamtschulkollegien diskutieren Leistungsanforderungen und Lernmöglichkeiten und bilden sich in besonderer Weise fort, um sowohl ihren Auftrag als auch die Erwartungen an die mit den Abschlüssen und Berechtigungen bescheinigten Leistungen der Schulabgängerinnen und -abgänger zu erfüllen.

Dabei wird es den Gesamtschulen aber von der Gesellschaft, von ihrer verwaltungsmäßigen Bindung an die traditionellen Schulformen und besonders von der aktuellen Politik der Landesregierung schwer gemacht, ihren Auftrag zu erfüllen. Bisher wur-

de das Gewicht ihres Auftrags durch die besonders beschriebene Funktion der Pädagogischen Leiterinnen und Leiter in der Schulleitung anerkannt. Diese haben die Aufgabe, angesichts des immer bestehenden und heute verschärften Trends zu sozialer Abgrenzung darauf zu bestehen, in vielen einzelnen Entscheidungssituationen für die innere Organisation der Schule nicht bequeme Trennung, sondern schwierige Integration zu betonen und das Kollegium zu unterstützen, dem Auftrag der Gesamtschule gerecht werden zu können.

Die Aufgabenstellung der Leitung einer IGS unterscheidet sich somit grundlegend von der einer den tradierten Wertvorstellungen folgenden Schulform des dreigliedrigen Schulwesens. Die vom Kultusministerium auf den Weg gebrachte Streichung dieser Funktion entspringt der Ignoranz gegenüber den verordneten Aufgaben und den Zielen der Gesamtschule und ist ein direkter Angriff auf die Arbeitsfähigkeit unserer Schulen.

Wir fordern die Hessische Kultusministerin und alle Fraktionen des Hessischen Landtags auf dieses Vorhaben zurückzunehmen bzw. zu verhindern und die Stellen der Pädagogischen Leiter/innen in den Gesamtschulen zu erhalten!”

Auch Hessen ist online:

[www.ggg-hessen.de](http://www.ggg-hessen.de)

Die GGG Web-Seiten im Saarland:

[www.ggg-saarland.de](http://www.ggg-saarland.de)

## Schleswig-Holstein

### GGG im Gespräch mit Kultusministerin Erdsiek-Rave

(dz) Am 25. Oktober 2000 fand ein Gespräch des schleswig-holsteinischen GGG-Vorstandes mit der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ute Erdsiek-Rave, SPD, im Kultusministerium in Kiel statt. Es wurde über die Situation der Gesamtschulen im Lande, über Neueinrichtungen, die Lehrerversorgung, die Situation der Hauptschule, die Oberstufe und den Bundeskongress der GGG in Lübeck gesprochen.

Die Gesprächsatmosphäre war offen und entspannt und es herrschte Übereinstimmung darin, dass die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein sich konsolidiert haben und gute Arbeit leisten. Von Seiten der GGG wurde betont, dass der Wert der Arbeit an den einzelnen Schulen nicht von der Zusammensetzung der Schülerschaft abhängt.

Für Neuenrichtungen von Gesamtschulen, so die Ministerin, seien die alten Erlasse weiterhin gültig. Die Realitätsnähe dieser Bestimmungen würde von beiden Seiten unterschiedlich beurteilt.

Zur Lehrerversorgung gibt es zur Zeit nichts Neues.

Sowohl die Idee, die Hauptschule zu stärken wie auch die Überlegung, Zentren mit Haupt- und Realschulen zu bilden, wurden von der GGG skeptisch aufgenommen, da beide Vorstellungen nicht mit dem Ziel, eine Schule für alle Kinder zu schaffen, übereinstimmen.

Dagegen herrschte Übereinstimmung bei der Absicht, grundsätzlich die Integration im Schulwesen zu stärken.

Auch bezüglich der Oberstufe waren GGG und Ministerin sich darin einig, dass eine

Die **GGG** Web-Seiten im hohen Norden:

<http://ggg-sh.lernnetz.de>

Zusammenarbeit der Gesamtschulen mit benachbarten Gymnasien wünschenswert sei. Die Einladung der GGG an Ute Erdsiek-Rave, auf dem Bundeskongress in Lübeck zu sprechen, konnte diese aus Termingründen nicht annehmen. Die Einladung sei zu spät gekommen. Staatssekretär Stegner wird die Ministerin vertreten.

Im kommenden Schuljahr entsteht vor den Toren Lübecks, in der Nähe von Ratekau (in Pansdorf) eine neue Gesamtschule. Die Anmeldungen dafür laufen schon.

Die Gesamtschule in Barsbüttel erhält im nächsten Schuljahr eine eigene Oberstufe.

## GGG - intern Termine

- 23. Mai 2001**  
Sitzung des Bundesvorstandes der GGG in Lübeck
- 24. – 26. Mai 2001**  
27. Gesamtschulkongress der GGG in Lübeck
- 24. – 26. August 2001**  
Sitzung des Bundesvorstandes der GGG in Aurich
- 23. – 25. November 2001**  
Gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Hauptausschuss in Unna

### Musikunterricht an Hamburger Gesamtschulen

**Veranstaltung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e. V. (GGG), Landesverband Hamburg am Dienstag, d. 19. Juni, von 19.30 Uhr bis 22 Uhr**

Von den ohnehin schon wenigen Stunden des Musikunterrichts fallen häufig viel zu viele auch noch aus. Doch mehrere Studien belegen inzwischen – abgesehen von den primären Effekten des Musizierens wie Gehörbildung, Freude an der Musik usw. –, dass es eine Reihe von Sekundäreffekten gibt. So fördert beispielsweise das Klavierspielen das räumliche Denkvermögen. Auch hat das Musizieren positive Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit oder die Fähigkeit zum abstrakten Denken. Davon kann in anderen Unterrichtsfächern profitiert werden.

Daher haben einige Schulen inzwischen Musikprofile entwickelt. Beispiele werden auf dieser Veranstaltung vorgestellt und theoretisch begründet.

Nähere Informationen über: Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e. V. (GGG), Landesverband Hamburg, c/o Andreas Baumgarten – Tegetthoffstr. 5 – 20259 Hamburg; Tel.: 040 - 490 32 32; e-mail: [Andreas\\_Baumgarten@t-online.de](mailto:Andreas_Baumgarten@t-online.de)

### Nach-Denken:

**Freier Ausdruck - Erfahrung und Reflexion in der Freinet-Pädagogik**

Internationales Symposium zur Freinet-Pädagogik in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen vom **2.10.01, 17 Uhr - 7.10.01, 12 Uhr** in der Universität Bremen.

Das Symposium möchte langjährige PraktikerInnen, NeueinsteigerInnen, WissenschaftlerInnen und StudentInnen zusammenbringen, um **praktische Erfahrungen mit** dem Freien Ausdruck zu vermitteln und im Nach-Denken **grundlegende Erkenntnisse über** diese besondere Form erfahrungsorientierten Lernens herauszuarbeiten.

Es gibt Langzeitarbeitsgruppen (tägl. 3 Std.), Vorträge, Ausstellungen, Bücher-tische, Caféhaus-Lesungen, einen Chor u.v.m.

Veranstalter sind: Freinet-Kooperative e.V., Universität Bremen, LIS Bremen. Anmeldeschluss ist am 15. Juni 2001.

Das Programm und nähere Informationen gibt es bei:

Freinet-Kooperative e.V., Fehrfeld 54/57, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421-34 49 29

Homepage: [www.freinet.paed.com](http://www.freinet.paed.com)  
e-mail: [freinetkooperative@t-online.de](mailto:freinetkooperative@t-online.de)



Gemeinnützige  
Gesellschaft  
Gesamtschule  
Gesamtschulverband

## Der GGG Bundesverband ist im Internet

Aktuelle Informationen zur Gesamtschulentwicklung unter <http://www.ggg-bund.de>  
und [www.gesamtschulverband.de](http://www.gesamtschulverband.de)

(wr) Seit Weihnachten 2000 ist die GGG mit den Web-Seiten des Bundesverbandes online. Damit gibt es eine zentrale Zugriffsmöglichkeit auf aktuelle Informationen zu allen Fragen der Gesamtschulentwicklung. Die eigenständige Repräsentanz der Bundesländer im Internet bleibt nach wie vor bestehen. Zur Zeit sind neben NRW ([www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)) – noch Hessen ([www.ggg-hessen.de](http://www.ggg-hessen.de)), Saarland ([www.ggg-saarland.de](http://www.ggg-saarland.de)) und Schleswig-Holstein ([www.lernetz-sh.de/ggg-sh](http://www.lernetz-sh.de/ggg-sh)) online.

Die Eingangsseite der Internetrepräsentanz der GGG ermöglicht jetzt über die Deutschlandkarte durch Klick auf die Bundesländer den direkten Zugang zu den Landesverbänden. **Gesamtschule in Deutschland** bietet neben zahlreichen Informationen zum Schulsystem

auch Links zu den Kultusministerien der Länder und der KMK.

**Internationale** und **Gesamtschulentwicklung in Europa** verdeutlichen, dass die GGG mit ihrer Vorstellung von einer demokratischen Schule des gemeinsamen Lernens für alle Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I nicht alleine stehen.

Auf der linken Bildschirmseite befindet sich die Navigationsleiste, die jederzeit eine schnelle Auswahl der Themengebiete ermöglicht.

Informationen **[über die GGG]**, Kontakte zum Bundesvorstand, Hauptausschuss und den Landesverbänden sowie exklusive Verbandsinformationen für Funktionsträger sind zu finden unter **[Gremien]**.

Termine, Stellungnahmen, Ergebnisse der Schulforschung und Presseberichte stehen unter

**[GGG aktuell]** und die Mitgliederzeitung online unter **[GGG-Kontakte]**.

Alle Informationen zum **[Bundeskongress]** Hotelreservierung, DB-Auskunft und Routenplaner sind unter dieser Auswahlrubrik eingestellt.

Eine Liste der **[Publikationen]** der GGG wird online bereitgestellt und Informationen aus der Arbeit der Bundesarbeitskreise sind unter **[GGG - AGs]** zu finden.

Unter **[Unterricht]** besteht nicht nur die Möglichkeit Projekte einzelner Gesamtschulen zu finden und zu präsentieren, sondern es sind auch zahlreiche Links vorhanden zu Servern mit Unterrichtsmaterialien, Datenbanken, Bibliotheken, Lerntechniken und Lernhilfen für Schülerinnen und Schüler.

Einige Materialien können unter **[Downloads]** auf den eigenen Computer heruntergeladen werden und unter **[Web-Links]** sind zahlreiche Verweise zu öffentlichen Institutionen und Bildungsorganisationen zu finden.



Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V.  
**Gesamtschulverband**

### Bundesgeschäftsstelle:

Postfach 1307 - 26583 Aurich  
Tel. 04941-18777 - Fax 04941-67360 - [eMail](mailto:ggg@ggg-bund.de)

► [Gesamtschule in Deutschland](#)

► [Gesamtschulentwicklung in Europa](#)

► [Internationale Gesamtschulentwicklung](#)



Links zu den Landesverbänden der GGG

Homepage

Über die GGG

Gremien

GGG aktuell

Bundeskongress

GGG-Kontakte

Publikationen

GGG - AGs

Unterricht

Downloads

Web-Links

**27. Deutscher Gesamtschulkongress der GGG vom 24. bis 26. Mai 2001 in Lü**